

Ganzttag gemeinsam gestalten: Verbände fordern bessere Rahmenbedingungen und echte Beteiligung

Kiel. Anlässlich der geplanten Förderrichtlinie „Ganzttag und Betreuung“ richten landesweite Fach- und Dachverbände sowie Zusammenschlüsse aus Jugendverbandsarbeit, Sport, kultureller Bildung und Wohlfahrt einen **offenen Brief** an das Bildungsministerium Schleswig-Holsteins. Darin fordern sie grundlegende Nachbesserungen, um dem ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder gerecht zu werden.

Die Verbände begrüßen den angestrebten ganzheitlichen Bildungsansatz, sehen jedoch erhebliche strukturelle Schwächen in der Umsetzung. *„Gute Ideen drohen an fehlender Beteiligung, finanziellen Hürden und unklaren Begrifflichkeiten zu scheitern – das geht auf Kosten der Kinder“*, heißt es im Schreiben.

Kernforderungen der Verbände im Überblick:

- **Verbindliche Beteiligung** von Durchführungsträgern und Kooperationspartnern bei der Wahl des Qualitätsmodells
- **Stärkere finanzielle Unterstützung** für höherwertige Qualitätsmodelle, um auch ärmeren Kommunen Zugang zu guter Ganztagsbildung zu ermöglichen
- **Klare Definitionen** der Rollen von Kooperationspartnern und Differenzierung zwischen Betreuung und Bildungsangeboten
- **Bessere Absicherung und Anerkennung** von Angeboten der kulturellen Bildung, Jugendverbandsarbeit und des Sports
- **Anpassungen für inklusive Bildung**, um Kinder mit Förderbedarf nicht strukturell auszuschließen
- **Breiteres Fachkräfteverständnis** und neue Qualifizierungswege zur Bekämpfung des Personalmangels

Die Verbände kritisieren insbesondere, dass wichtige Partner in der geplanten Förderrichtlinie kaum oder gar nicht formal in die Entscheidungsprozesse eingebunden sind – obwohl sie täglich vor Ort Verantwortung tragen.

„Ganztagsbildung darf kein Sparmodell werden. Es braucht faire Bedingungen, um die Vielfalt der Angebote zu sichern und die Potenziale aller Beteiligten zu nutzen“, so die gemeinsame Botschaft.

Mit dem offenen Brief sprechen die Verbände dem Bildungsministerium erneut ein konkretes Gesprächsangebot aus. Im bisherigen Arbeitsprozess wurde der Nachbesserungsbedarf am Richtlinienentwurf klar formuliert und schriftlich mitgeteilt. Darauf hat das Ministerium bislang nicht reagiert.

Ziel ist ein gemeinsamer Entwicklungsprozess bis zur konkreten Umsetzung des Rechtsanspruchs realitätsnah, verlässlich und kindgerecht gestaltet.

Unterzeichnende des offenen Briefs:

LAG der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V. (Anette Langner, Vorsitzende)

Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. (Barbara Ostmeier, Präsidentin)

Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V. (Dr. Jochen Willms, Vorsitzender)

Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein e.V. (Anne Hermans, Vorsitzende)

LAG Soziokultur Schleswig-Holstein e.V. (Sabine Lück, Vorstand)

Landesvertretung SH der Caritas im Norden (André Springer, Landesleitung)

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e. V. (Michael Saitner, Geschäftsführender Vorstand)

DRK-Landesverband Schleswig-Holstein e.V. (Anette Langner, Vorstand)

Landesmusikrat Schleswig-Holstein e.V. (Alexandra Ehlers, Präsidentin)

Landesverband der Musikschulen Schleswig-Holstein e.V. (Rainer Engelmann, Vorsitzender)

Stiftung Drachensee